



„Die territoriale Integrität der Ukraine steht nicht zur Disposition“

**Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zur Krim-Krise
Militärische Reaktion ausgeschlossen**



In ihrer Regierungserklärung zur Lage in der Ukraine, welche Bundeskanzlerin Angela Merkel am gestrigen Donnerstag vor dem Deutschen Bundestag abgab, warnte sie Russland mit unmissverständlichen Worten davor, sich die zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim einzuverleiben: „Die territoriale Integrität der Ukraine steht nicht zur Disposition.“

Sollte Russland nicht auf den Weg der Zusammenarbeit und des Völkerrechts zurückkehren, sei die EU bereit und entschlossen zu wirtschaftlichen Strafmaßnahmen. Die Kanzlerin stellte aber auch klar: „Militärisches Vorgehen ist keine Option“. „Es ist beklemmend, was wir

derzeit mitten in Europa erleben“, sagte Merkel. Falls es nach dem für Sonntag angesetzten Referendum auf der Krim zu einem Bruch des Völkerrechtes kommen sollte, dürfe man nicht zur Tagesordnung übergehen. Zur Lösung der Krise setzt die Bundesregierung der Kanzlerin zufolge aber auf den diplomatisch-politischen Weg.

So solle eine Beobachterkommission gebildet werden, die sich ein Bild von der Lage auf der Krim machen könne, sowie eine Kontaktgruppe, die den Gesprächskanal offenhalte. Dafür werde man „einen langen Atem“ brauchen.

Teil der europäischen Reaktion sind laut Merkel auch finanzielle und politische Hilfen für das Nachbarland Ukraine. Die EU hatte bereits Unterstützung für Kiew in Höhe von elf Milliarden Euro zugesagt. Auch der politische Teil des von Expräsident Viktor Janukowitsch nicht unterzeichneten Assoziierungsabkommens mit der EU soll bald unterschrieben werden. Zölle sollen gesenkt, die Visavergabe erleichtert und der Handel gefördert werden. Merkel stellte klar, dass das europäische Angebot einer Reform-

partnerschaft mit Kiew sich gegen niemanden richte, auch nicht gegen Russland. Es gebe kein „Entweder-Oder“ zwischen der Annäherung der Ukraine an die EU und ihrem Bemühen um eine Partnerschaft mit Moskau.

Die Kanzlerin warnte die russische Regierung, im Konflikt um die Krim auf Zeit zu spielen. Die EU habe bereits ein dreistufiges Verfahren auf den Weg gebracht. Wenn es in den allernächsten Tagen nicht zu Verhandlungen komme, könnten Einreise- und Kontensperrungen verhängt werden. Die letzte Stufe würde die wirtschaftliche Zusammenarbeit betreffen. Damit schade sich Russland massiv, warnte Merkel.

Sie betonte, Interessenkonflikte in Europa könne man im 21. Jahrhundert nicht mehr mit den Mustern des 19. Jahrhunderts lösen, als das Recht des Stärkeren noch über der Stärke des Rechts stand. In der Zeit der Globalisierung zählten Kooperation und Verständigung mehr als einseitige geopolitische Interessen.

Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Andreas Schockenhoff, sagte, mit einer destruktiven Politik des Nullsummenspiels schade sich Moskau am meisten. Es schwäche sich wirtschaftlich und isoliere sich politisch.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Volker Kauder mahnte in seinem Bericht an die Fraktion ebenfalls eine politische Lösung für die Ukraine an. Dass Russland als übermächtiger Nachbar der Ukraine territoriale Geländegewinne anstrebe, indem es völkerrechtswidrig die Krim besetzte und von der Ukraine abzuspalten versuche, seien Verhaltensmuster wie vor 100 Jahren. Die Zukunft unseres Kontinents müsse auf anderen Pfeilern ruhen: Frieden, Souveränität, Verständigung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Freiheit.

Kauder weiter: „Unsere Fraktion steht zum Erbe unserer Kanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl, die die friedensstiftende Bedeutung der europäischen Einigung erkannt und stets betont haben. Sie haben unser Land zu einem Motor

dieses Einigungsprozesses gemacht. Ihr Erfolg ist, dass sich seit Jahrzehnten schon kein Westeuropäer mehr an die Zustände erinnern kann, die unseren Kontinent so lange geprägt haben: unüberwindbare Grenzen und unterdrückte nationale Minderheiten, Misstrauen und Vorurteile, ja Gewalt. Und freuen wir uns, dass diese Welt für unsere Nachbarn jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs so attraktiv war, dass sie Europa gemeinsam mit uns gestalten wollen. Dass Kriege im Europa der 28 nicht mehr denkbar sind, ist kein Geschenk des Himmels, sondern Folge einer aktiven und umsichtigen Europapolitik. Für eine solche Politik stehen die Bundesregierung unter Angela Merkel und unsere Bundestagsfraktion.“

Start in eine Zeit ohne Neuverschuldung



Das Bundeskabinett hat am vergangenen Mittwoch den Entwurf des Bundeshaushalts 2014 sowie die Eckwerte zum Bundeshaushalt 2015 und des Finanzplans bis 2018 beschlossen. Traditionsgemäß hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble nach der Kabinettsitzung den Entwurf im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vorgestellt.

Für 2014 plant die Bundesregierung noch mit einer Nettokreditaufnahme von 6,5 Milliarden Euro, von denen allerdings 4,3 Milliarden Euro

allein als letzte Rate zum Aufbau des Eigenkapitals beim Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) dienen. Damit werden die Vorgaben der Schuldenbremse deutlich eingehalten und es bleibt sogar ein kleiner Puffer. Strukturell ist in diesem Jahr sogar ein kleiner Überschuss möglich. Ab dem Jahr 2015 plant die Bundesregierung dann erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auszukommen.

Dazu erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle: „Wir werden im Zuge der parlamentarischen Beratungen alles tun, damit dieses Ziel erreicht werden kann. Bundesfinanzminister Schäuble agiert bei der Haushaltsaufstellung weiterhin als ‚vorsichtiger Kaufmann‘ und geht von seriösen Annahmen aus. Absehbare zusätzliche Ausgaben beispielsweise beim Elterngeld und beim Arbeitsmarkt und auch steigende Zinsausgaben sind in den Planungen berücksichtigt. Zudem haben wir in den vergangenen Jahren bewiesen, dass wir solide Haushalte und immer besser abschließen als geplant. Erreichen werden wir diese großartige Zäsur in der fiskalpolitischen Geschichte der Republik allerdings nur, wenn die gesamte große Koalition – Haushälter wie Fachpolitiker, Ministerinnen und Minister – absolute Disziplin bewahren. Noch nie waren wir dem Ziel der dauerhaft ausgeglichenen Haushalte so nahe. Wenn nicht jetzt, wann dann?“

Digitale Potenziale

Die Koalitionsfraktionen haben die weltweit größte Messe für Informationstechnik (CeBIT), die in dieser Woche unter dem Motto „Datability“ stattfand, zum Anlass genommen, dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Antrag zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Wirtschaftsstandort Deutschland vorzulegen. Der Koalitionsantrag „Technologie-, Innovations- und Gründungsstandort Deutschland stärken – Potenziale der Digitalen Wirtschaft für Wachstum und nachhaltige Beschäftigung ausschöpfen und digitale Infrastruktur ausbauen“ hat zum Ziel, die traditionellen deutschen Stär-

ken in den Bereichen Industrie, Energie, Gesundheit, Tourismus und Mobilität durch die Stärkung der Nutzung von Big Data, Cloud-Anwendungen, Smart Services oder Industrie 4.0 noch mehr zum Tragen bringen, um damit den Mittelstand von morgen zu stärken. Der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Joachim Pfeiffer, erklärt hierzu: „Die digitale Wirtschaft bietet ein enormes Potenzial für Wachstum, nachhaltige Beschäftigung und Innovationskraft. Dabei geht es nicht nur um eine erfolgreiche Branche der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und einen verstärkten Breitbandausbau an sich, sondern auch um die erfolgreiche Digitalisierung anderer Wirtschaftsbereiche, insbesondere der deutschen Industrie (‚Industrie 4.0‘). Die Ausgangsbedingungen hierfür sind ausgezeichnet und zeigen, dass die Wirtschaftspolitik der unionsgeführten Bundesregierung Früchte trägt: Deutschlands IKT-Branche ist mit über 86.000 Unternehmen, 900.000 Beschäftigten und 228 Milliarden Euro Umsatz ein bedeutender Industriezweig der deutschen Wirtschaft. Die IKT-Branche trägt mit 85 Milliarden Euro 4,7 Prozent zur gewerblichen Wertschöpfung bei. Sie investierte 2011 18,2 Milliarden Euro und damit ca. rund 4,5 Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen. Laut aktuellem Monitoring-Report „Digitale Wirtschaft“ belegt Deutschlands digitale Wirtschaft den fünften Platz nach USA, Südkorea, Japan und Großbritannien. Will Deutschland bis 2020 digitales Wachstumsland Nr.1 in Europa werden, gilt es jetzt, die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Mit der nun zu erarbeitenden „Digitalen Agenda 2014-17“ wird die unionsgeführte Bundesregierung die Weichen richtig stellen.“

Impressum

„Berlin aktuell“ ist ein Newsletter von Dr. Stephan Harbarth MdB (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Dr. Stephan Harbarth MdB (verantw.), Adlerstraße 1/5, 69123 Heidelberg. Telefon 06221-608070, Telefax 06221-608071. E-Mail: stephan.harbarth@wk.bundestag.de, Internet: www.stephan-harbarth.de.

Bildnachweis: Foto Bundeskanzlerin Angela Merkel: CDU Deutschlands / Dominik Butzmann. Grafik „Schluss mit Neuverschuldung“: Copyright CDU Deutschlands.